****

**Die falsche Reform der Agrarsubventionen**

Im August las man in der FAZ ein Plädoyer zweier Autoren (Florian Freund vom Thünen-Institut, Marco Springmann von der Uni Oxford) für eine Reform der Agrarsubventionen. Zunächst einmal sehr löblich. Aber: Einleitend findet man unwissenschaftliche Behauptungen wie 1/3 alle Treibhausgasemissionen stammen aus der Landwirtschaft. Aber welche denn? Das viel gescholtene Methan? Es zerfällt etwa nach zwölf Jahren. Wenn also im Jahr so viel Methan emittiert wird, wie in der Atmosphäre zerfällt, dann wirtschaftet man methanneutral.

Oder: Landwirte können produzieren was sie wollen. Auf jedem Standort?

Zunächst geht es den Autoren darum, den Fleischkonsum aus gesundheitlichen Gründen, aber letztendlich zum Wohle der Umwelt, zu reduzieren. Löblich, löblich. Doch je stärker ein Produkt verknappt wird (Steuern, Preise, Verbote) desto begehrter wird es. Es würde also eher das Gegenteil dessen bewirkt, was bewirkt werden soll. Was hatte die Prohibition in den USA bewirkt? Nun ja, wir sehen heute noch gerne die Mafia-Filme über die Prohibitionszeit.

Weniger Fleisch- und Milchprodukte = geringere Viehbestände, dafür mehr Obst, Gemüse, Nüsse und Hülsenfrüchte durch Umlenkung der Subventionen? Das erinnert an DDR-Zeiten, da jeder Bezirk sich selbst ernähren sollte - unabhängig von den standortspezifischen Gegebenheiten. Die Wirklichkeit: es gäbe noch mehr Obst aus Nicht-EU-Ländern mit problematischen Produktions- und Umweltbedingungen.

Merke: Die Diktatur der Gutmenschen war noch nie ein Segen.

Der eklatanteste Fehler der Studie ist die Unterstellung, die sogenannten Subventionen kämen den Landwirten fast ohne Auflagen zu Gute. Da ist die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ bereits 2016 wirklichkeitsnaher, „dass zumindest ein Teil der Direktzahlungen zu einer tendenziellen Erhöhung der Pachtpreise und Druck auf den Bodenmarkt führt.“

Aber konsequent zu Ende gedacht - aber das mag niemand im Bund und in der EU denken - handeltet es sich bei den Direktzahlungen um eine Verbrauchersubvention mit der Gießkanne, die die Lebensmittelpreise niedrig hält. Eine Konsumunterstützung der Bedürftigen wäre zielgenauer und kostengünstiger möglich. Würden die Direktzahlungen wegfallen, müßte zu kostendeckenden Preisen verkauft werden. Dann könnte bis zu 40 % des EU-Haushalts in Zukunftsinvestitionen umgeleitet und nicht mehr benötigtes, bestens qualifiziertes Personal für Zukunftsaufgaben eingesetzt werden. Analog gilt das auf Ebene des Bundes und der Länder.

Aber diese Konsequenz wird gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Zumal Stellenabbau und Verschlankung der Verwaltung zusätzlich möglich wären. Aber wer rationalisiert sich schon selber weg?